

Weinhardt, Felix; Wittenberg, Erich

Article

"Negative Effekte der Wohnsitzregelung für Geflüchtete überwiegen": Interview

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Weinhardt, Felix; Wittenberg, Erich (2024) : "Negative Effekte der Wohnsitzregelung für Geflüchtete überwiegen": Interview, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 91, Iss. 20, pp. 300-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2024-20-2

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/296635>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

INTERVIEW



„Negative Effekte der Wohnsitzregelung für Geflüchtete überwiegen“

Felix Weinhardt, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat im DIW Berlin und Professor für Public Economics an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder)

1. **Herr Weinhardt, zur besseren Integration und aus Sorge vor regionaler Überlastung der Integrationsinfrastruktur wurde die Wohnsitzregelung für Geflüchtete eingeführt. Wie stark schränkt diese Regelung die freie Wohnortwahl von Geflüchteten ein?** Aus der rechtlichen Perspektive dürfen Geflüchtete infolge der im Jahr 2016 in Kraft getretenen Wohnsitzregelung mit der Anerkennung ihres Schutzstatus drei Jahre lang nicht umziehen. Es gibt allerdings Ausnahmen. Und: Für die Mehrheit der Geflüchteten ist es gar keine Einschränkung, denn schon vor der Einführung der Wohnsitzregelung sind 58 Prozent der Geflüchteten nicht umgezogen.
2. **Wo sind die anderen 42 Prozent hingezogen?** Einer der Gründe für die Einführung der Wohnsitzregelung war ja die Sorge vor überlasteten Integrationsinfrastrukturen. Wenn wir uns nun anschauen, wohin Geflüchtete ohne die Wohnsitzregelung – wenn überhaupt – gezogen sind, zeigt sich aber, dass sich viele dieser Umzüge ausgeglichen haben. Manche zogen von A nach B und umgekehrt. Allerdings zogen vor Einführung der Wohnsitzregelung zwölf Prozent der Geflüchteten in die sogenannten Hotspots, also Orte, in denen die Integrationsinfrastruktur stark ausgelastet ist. Die Wohnsitzregelung hat diese Umzüge auf fünf Prozent reduziert.
3. **Bedeutet das, dass die Mehrheit der Geflüchteten in ihrer Mobilität eingeschränkt wird, obwohl sie gar nicht vorhaben, in bereits stark ausgelastete Regionen zu ziehen?** Ja, das ist so. Es gelingt mit dieser Regelung zwar durchaus, die Hotspots etwas zu entlasten, aber dafür wird eine große Zahl von Menschen, die sowieso nicht vorhatte dorthin zu ziehen, in ihrer Mobilität eingeschränkt.
4. **Wird die Integration der Geflüchteten durch die Wohnsitzregelung gefördert oder behindert?** Interessant ist, dass mit dem Gesetz nicht nur Hotspots vermieden werden sollen, sondern auch die Integration in den Bereichen Arbeit, Wohnen, Soziales und Sprache gefördert werden soll.

Tatsächlich aber können wir anhand unserer Daten keine integrationsfördernden Effekte feststellen. Stattdessen sind die Effekte sogar eher negativ. Was hier überwiegt, sind die negativen Effekte der Begrenzung der Umzugsmöglichkeiten für den Großteil der Geflüchteten, die sowieso nicht in die Hotspots gezogen wären. Insbesondere im Wohnbereich sehen wir, dass es für Geflüchtete länger dauert, bis sie eigenen Wohnraum finden.

5. **Wie hoch ist der Verwaltungsaufwand, den die Wohnsitzregelung verursacht?** Der Verwaltungsaufwand ist insbesondere für die Ausländerbehörden enorm. Was ihn noch weiter erschwert, sind die Ausnahmeregelungen, die es Geflüchteten trotz Wohnsitzregelung doch noch ermöglichen, umzuziehen, beispielsweise wenn ein Arbeitsangebot nachgewiesen werden kann. Dazu müssen sich Ausländerbehörden an verschiedenen Orten koordinieren. Das produziert einen sehr großen Arbeitsaufwand und trägt dazu bei, dass wichtige Aufgaben auf der Strecke bleiben.
6. **Wie könnte man die Situation verbessern, ohne dass es zum Nachteil für die stark ausgelasteten Regionen ist?** In der Tat gibt es da sogar etwas, das im Gesetz schon vorgesehen ist und lokal auch schon praktiziert wurde, nämlich die sogenannte negative Zuweisung. Statt Geflüchtete zu verpflichten, auch nach Anerkennung ihres Schutzstatus in den Orten zu bleiben, denen sie am Anfang mal mehr oder weniger zufällig zugeteilt wurden, ist es auch möglich, einfach Zugangssperren für besonders stark ausgelastete Gebiete zu definieren und im restlichen Bundesgebiet den Umzug weiterhin frei zuzulassen.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

91. Jahrgang 15. Mai 2024

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Elisabeth Liebau

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).